Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 137 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 15. Juni 1933

Ein Zwischenfall in London.

Londoner Demonstration für Dollfuß

Nach einem Ausfall des Bundeskanzlers gegen Deutschland.

Am Mittwochvormittag kam es auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zu einer ostentativen Kundgebung für die Politik der österreichischen Regierung Dollfuß. Die Kundgebung, die vor überfülltem Saal erfolgte, und an der sich entgegen jeder Gepflogenheit auch die anwesende fremde Presse beteiligte, war anscheinend planmäßig vorbereitet.

Nachdem der Präsident der Konferenz, Ministerpräsident Macdonald, mitgeteilt hatte, daß die Verlängerung des Zollwaffenstillstandes bis zum 31. Juli beschlossen sei und daß er nach Ablauf dieser Frist nur noch einmal um einen Monat verlängert werden könne, hielt der österreichische Bundeskanzler Dollfuß eine Rede, in der er zunächst die vermeintlichen Leistungen der österreichischen Regierung auf finanzpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet pries.

Außerordentliches Aufsehen aber erregte der Schluß der Rede, wobei Dollfuß das bekannte Dichterwort zitierte: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem „bösen Nachbarn“ nicht gefällt!

Zweifellos ist die Tatsache, daß dieser Bemerkung

geradezu stürmischer Beifall bei gewissen Teilen der Konferenz

folgte, darauf zurückzuführen, daß diese Beifallsspender jene Bemerkung des österreichischen Bundeskanzlers als eine wohlbeabsichtigte Spitze gegen Deutschland nahmen.

Es ist nicht weniger bezeichnend, daß der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain, der dann entgegen der allgemeinen Abmachung über die viertelstündige Redezeit einen sehr langatmigen Vortrag über die englische Wirtschaftspolitik und die Frage des Goldstandards hielt, noch eine rednerische Extraverbeugung vor dem österreichischen Bundeskanzler machen zu müssen glaubte, indem er erklärte, er freue sich, daß Herr Dollfuß entgegen seiner ursprünglichen Absicht noch nicht abgereist sei und seine Rede noch vor der Konferenz habe halten können.

Auch die offiziellen Delegierten lassen jetzt bereits offen merken, daß die allgemeine Stimmung dieser Weltwirtschaftskonferenz bereits auf einen solchen Tiefpunkt gesunken ist, wie er sonst auf den internationalen Konferenzen des Redens und der Tatenlosigkeit meistens erst nach ein bis zwei Wochen einzutreten pflegt.

Der amerikanische Staatssekretär Hull hielt eine Rede, die keinerlei greifbare Vorschläge enthielt. Er erklärte u. a., es wäre eine Katastrophe, wenn die Konferenz fehlschlage und die seit dem Kriege verfolgte Wirtschaftspolitik fortgesetzt werde. Selbstsüchtige Interessenvertretung dürfe es auf der Konferenz nicht geben.

*

Der Eindruck der Haltung Dollfuß' in London.

Die Rede des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß in London blieb der Hauptgesprächsstoff der Diplomaten und der Konferenzteilnehmer. Der anfängliche Beifall schlug im Laufe des Tages in eine mehr kritische Stimmung um, und man fragte sich, ob Dollfuß wirklich im Interesse Österreichs gehandelt hat, als er in den Schluß seiner Rede eine politische Spitze hineinbrachte, indem er die Worte Schillers zitierte: „Es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

Dollfuß hätte fühlen müssen, daß der Beifall, mit dem ihn die Konferenz begrüßte, von den Bänken kam, wo Franzosen, Polen und andere „Freunde“ Deutschlands saßen. Er hätte wissen müssen, daß diese Kreise seine Schlußworte nur zu gern auf Deutschland beziehen würden, so wenig dies sachlich auch zutrifft, und mit Schmunzeln die Uneinigkeit zwischen zwei deutschstämmigen Staaten feststellen würden. Das war in Wirklichkeit auch der Sinn des Beifalls, den Herr Dollfuß erntete.

Herr Doll hat zweifellos den taktischen Fehler begangen, sich der peinlichen Lage auszusetzen, daß man seiner Erklärung gegen Deutschland demonstrativ Beifall klatschte, was nicht nur in Berlin, sondern auch in Rom Mißfallen hervorrufen müßte. Das will das österreichische Volk sicherlich nicht, und wenn Herr Dollfuß nach Wien zurückkehrt, so wird man dort nicht den Eindruck haben können, daß er sicher sonderliche Lorbeeren auf der Rednertribüne vor der Weltwirtschaftkonferenz geholt hat.

Mit einem gewissen Befremden muß man auch bemerken, daß Herr Dollfuß es für nötig befand, Szenen des Bruderzwistes einem ausländischen Staatsmann amtlich in dessen Amtsstube mitzuteilen, so daß die amtlichen Stellen Englands schon aus Höflichkeit zu einem Gast nicht anders konnten, als eine Mitteilung in die „Times“ zu lancieren, die etwas Außergewöhnliches in der Art ihres

belehrenden und warnenden Tones

war.

Man wird wohl auch nicht fehlgehen in der Annahme, daß man es der Umgebung des Herrn Dollfuß zuschreiben muß, wenn plötzlich die Nachricht in Umlauf kam, daß er den englischen Außenminister um die „großen Dienste“ Englands zur Vereinigung der deutsch-österreichischen Meinungsverschiedenheiten angegangen habe.

Wieder hätte Dollfuß wissen müssen, daß es dem Geiste des deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls widersprochen hätte, einer dritten Macht die Einmischung in ein innneren Streit zwischen zwei deutschen Völkern zu gestatten. Als erfahrener Diplomat mußte er sich dessen bewußt sein, daß ein Intervention von außenher in rein deutschstämmig enFragen für die nationale Regierung Deutschlands untragbar sein muß.

Wenn Herr Dollfuß sich von seiner Verbeugung vor den anderen einen günstigen Einfluß auf seine Anleiheverhandlungen versprach, so haben ihn die plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten darüber aufgeklärt, daß er sich da in der Beurteilung der Psychologie der „Anderen“ getäuscht hat.

Heißt es doch, daß ihm gerade von Frankreich her neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die darauf abzielen, die politische Bewegungsfreiheit Österreichs noch weiter zu beschränken und es auch, wie viele andere, vor den Wagen Frankreichs zu spannen.

Deutsche Vergeltungsmaßnahmen.

Der österreichische Presseattaché ausgewiesen.

Amtlich wird mitgeteilt: „Die österreichische Regierung hat sich völkerrechtlich schwer dadurch ins Unrecht gebracht, daß sie die in korrekter Weise gemachte formelle Notifikation über die Zuteilung des Herrn Habicht an die deutsche Gesandtschaft in Wien einfach beiseitegeschoben hat.

Sie hat ein noch schwereres Unrecht dadurch begangen, daß sie, während noch die Auseinandersetzung über diese Frage mit der deutschen Regierung schwebt, mit Gewaltmaßnahmen, Haussuchung und Verhaftung gegen den deutschen Presseattaché Herrn Habicht vorgegangen ist. Sie hat diese völkerrechtswidrige Maßnahme trotz wiederholten schärfsten Protestes bisher in keiner Weise befriedigend bereinigt, insbesondere die Verhaftung noch nicht rückgängig gemacht.

Die deutsche Regierung hat unter diesen Umständen sich gezwungen gesehen, von der österreichischen Gesandtschaft zu verlangen, daß ihr Presseattaché sofort das deutsche Reichsgebiet verläßt.“

Wie dazu noch aus Wien verlautet, dürfte der österreichische Gesandte in Berlin, Tauschitz, nach Wien zur Berichterstattung berufen werden.

Nach London versetzt.

Der Presseattaché bei der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Wasserböck, der bekanntlich das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen muß, wird aus Berlin am Donnerstag abreisen. Er ist an die österreichische Gesandtschaft in London versetzt worden.

„Mit Hitler für Österreich.“

Ein Aufruf des Wiener Gauleiters.

Der Wiener Gauleiter der NSDAP, Frauenfeld, veröffentlicht einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung Wiens, in dem erneut darauf verwiesen wird, daß die NSDAP. den Vorgängen der letzten Tage gänzlich fernstehe, und sie nicht gutheiße. Die Geschehnisse seien aus den in den letzten Monaten in Österreich geschaffenen Zuständen zu erklären. Da die Nationalsozialistische Partei diese Zustände nicht geschaffen habe, könnte sie auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Die Beschuldigung der Staatsfeindlichkeit wird als unbegründet zurückgewiesen.

Der Gauleiter sagt dann abschließend: Ich weiß mich eines Sinnes mit den Besten des deutschen Volkes in Österreich, wenn ich erkläre, der Kampf für die Lehre Adolf Hitlers ist uns Inhalt und Zweck unseres Lebens geworden. Das Ringen um die Erneuerung unseres Volkes auch in Österreich ist eine Mission, die wir mit ebenso viel Liebe wie Fanatismus erfüllen werden. Wir sind die Herolde einer großen Idee, die in Deutschland gesiegt hat und die in Österreich siegen wird und siegen muß, ganz gleich, ob man die Partei auflöst oder nicht. Unser Kampf wird erst enden in der Erringung des Zieles: Ein Gott, ein Führer, ein Volk und ein Reich. Bis dahin heißt die Parole: Mit Hitler für Österreich!

*

Die Wiener Bundesregierung hat an die Landesregierungen die Aufforderung gerichtet, auch für die Landesbeamten und die Gemeindebeamten die Zugehörigkeit zur NSDAP. als unzulässig zu erklären.

Habicht kehrt nach Deutschland zurück.

Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten hat der Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Wien, Habicht, um 17 Uhr Linz im eigenen Kraftwagen verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren.

Großdeutsche Abordnung beim Bundespräsidenten.

Einspruch gegen die Verhaftungen.

Eine Abordnung von Nationalratsmitgliedern der Großdeutschen Volkspartei sprach beim Bundespräsidenten, beim Vizekanzler und beim Justizminister vor. Sie erhob Einspruch gegen die Verhaftung einer großen Zahl von Deutschen, die mit den Anschlägen der letzten Tage in keinem wie immer gearteten Zusammenhange ständen und verlangte, deren schnellste Enthaftung. Sie erhob ferner Einspruch dagegen, daß zwei politische nationale Parteien als staatsfeindlich erklärt worden seien, ohne daß die Untersuchung irgendwelche staatsfeindlichen Handlungen ergeben hätte, und forderte die Herstellung normaler Verhältnisse zum Deutschen Reich.

Der Bundespräsident, der Vizekanzler und der Justizminister nahmen die Erklärungen zur Kenntnis, versprachen, diejenigen aus der Haft zu entlassen, deren Unschuld außer Zweifel stehe, und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bald wieder normale politische und wirtschaftliche Verhältnisse zwischen beiden Staaten hergestellt würden.

Kein Aufmarsch von SA.-Formationen an der österreichischen Grenze.

Das „Wiener Tagblatt“ gab eine Sonderausgabe heraus, in der von einem Aufmarsch von SA.-Formationen an der deutsch-österreichischen Grenze gesprochen wird.

Dem Anschein nach handelt es sich dabei um folgendes: Bereits seit einiger Zeit hat sich herausgestellt, daß die Überwachung der deutsch-österreichischen Zollgrenze von den augenblicklich dort stationierten Zollbeamten nicht in genügendem Umfang wahrgenommen werden kann. Die erhöhte Inanspruchnahme dieser Zollbeamten rührt vor allem davon her, daß die bekannte Reisesperre nach Österreich eingeführt worden ist. Infolgedessen hat das zuständige Ministerium sich damit einverstanden erklärt, daß einige SS.-Mannschaften zu einer vorübergehenden Verstärkung des Grenzdienstes eingestellt werden. Diese SS.-Mannschaften werden keine Hakenkreuzbinde tragen, sondern die grüne Zollbinde. Sie werden auch nicht als Formation in den Dienst eingestellt, sondern es wird mit jedem einzelnen ein Vertrag geschlossen, und der Betreffende wird sich nur als Hilfsbeamter der Grenzpolizei betätigen, in der normalen Zahl der Fälle in Begleitung eines Zollbeamten.

Feststellungen des Zentrums.

Zur Entwicklung in Österreich.

Die Pressestelle des Zentrums veröffentlicht eine Mitteilung, in der im Hinblick auf die Entwicklung in Österreich festgestellt wird, daß von seiten des Zentrums — sowohl der Führung wie der untergeordneten Instanzen — weder eine Verbindung noch eine Fühlungnahme mit der Christlichsozialen Partei und der Regierung Dollfuß bestehe. Das Zentrum habe durch seinen Führer Brüning seine Bereitschaft zur positiven Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates klar zum Ausdruck gebracht. Es hält an dieser Einstellung nach wie vor fest.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF